Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11245**

18. Wahlperiode 21.02.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Andrej Hunko, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/10863 –

US- und NATO-Stützpunkt Ramstein unverzüglich schließen

A. Problem

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion führt die amerikanische Regierung auch mit Hilfe von Relaisstationen auf dem Militärstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz „gezielte Tötungen“ mittels Kampfdrohnen durch. Die Antrag stellende Fraktion hält diese Drohnenangriffe für völkerrechtswidrig. Sie fordert die Bundesregierung u.a. auf, das Stationierungsabkommen mit den USA und der NATO für die Air Base Ramstein aufzukündigen sowie die US-Regierung und die übrigen NATO-Mitgliedstaaten aufzufordern, sämtliche militärischen Operationen, die über die Ramstein Air Base laufen, derart vollumfänglich zu beenden, dass bereits im Zeitraum der Kündigungsfristen keinerlei operative Maßnahmen mehr über die Air Base ausgeführt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/10863 abzulehnen.

Berlin, den 15. Februar 2017

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Thorsten Frei
Berichterstatter

Niels Annen
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Jürgen Trittin
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Thorsten Frei, Niels Annen, Wolfgang Gehrcke und Jürgen Trittin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/10863** in seiner 212. Sitzung am 19. Januar 2017 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion führt die amerikanische Regierung auch mit Hilfe von Relaisstationen auf dem Militärstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz „gezielte Tötungen“ mittels Kampfdrohnen durch. Die Antrag stellende Fraktion hält diese Drohnenangriffe für völkerrechtswidrig. Sie fordert die Bundesregierung u.a. auf, das Stationierungsabkommen mit den USA und der NATO für die Air Base Ramstein aufzukündigen sowie die US-Regierung und die übrigen NATO-Mitgliedstaaten aufzufordern, sämtliche militärischen Operationen, die über die Ramstein Air Base laufen, derart vollumfänglich zu beenden, dass bereits im Zeitraum der Kündigungsfristen keinerlei operative Maßnahmen mehr über die Air Base ausgeführt werden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/10863 in seiner 86.Sitzung am 15.Februar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/10863 in seiner 90. Sitzung am 15. Februar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 15. Februar 2017

Thorsten Frei
Berichterstatter

Niels Annen
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Jürgen Trittin
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.